

# Kümmern statt Kürzen.

Unsere Ideen für ein  
gerechtes Witzzenhausen



Wahlprogramm

**Die Linke**

Programm zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung Witzhenhausen 2026  
beschlossen von der Mitgliederversammlung

Die Linke Kreisverband Werra-Meißner  
Brückenstraße 17, 37269 Eschwege

[www.die-linke-wmk.de](http://www.die-linke-wmk.de)  
[nfo@die-linke-wmk.de](mailto:nfo@die-linke-wmk.de)

Instagram: @dielinke\_wmk

V.i.S.d.P. Silvia Hable

# Inhaltsverzeichnis

1 Dafür stehen wir	4
2 Soziale Gerechtigkeit im Haushalt: Hände weg von Kindern und Familien	4
3 Stadtentwicklung für gutes Leben und bezahlbares Wohnen	5
4 Klima, Verkehr und Umwelt	7
5 Ökonomie: lokal, solidarisch, nachhaltig	10
6 Soziales, Bildung und Teilhabe	11
7 Energiewende und Kreislaufwirtschaft	13
8 Erinnerungskultur und demokratische Stadt	14

# 1 Dafür stehen wir

Als Die Linke Witzenhausen setzen wir uns für ein gutes Leben für alle ein.

Dieses Programm ist nicht am Schreibtisch entstanden. Wir haben in den vergangenen Monaten viele Gespräche geführt, an Haustüren, auf der Straße, bei Veranstaltungen und in Vereinen. Menschen haben uns erzählt, wo es im Alltag hakt, was sie wütend macht und was sie sich für ihre Stadt wünschen. Diese Rückmeldungen sind die Grundlage unserer politischen Arbeit.

Wir hören immer wieder, dass viele das Gefühl haben, Entscheidungen würden über ihre Köpfe hinweg getroffen und wichtige Informationen seien schwer auffindbar oder nur für Eingeweihte verständlich. Genau diese Wissenshierarchien wollen wir abbauen. Wir wollen kommunalpolitische Debatten transparent machen, nachvollziehbar dokumentieren und so gestalten, dass Bürger\*innen die Entscheidungen verstehen, beeinflussen und kontrollieren können.

Für viele sind die städtischen Gebühren und Grundsteuererhebungen, die Ende des letzten Jahres durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierungskoalition zustande kamen, neben steigenden Mieten, nicht inflationsbereinigten Löhnen und teuren Energiepreisen ein Grund, an Mobilität, Freizeit und der eigenen Gesundheit zu sparen. Wir sagen: Das darf nicht sein. Unser Witzenhausen muss auch für Menschen mit wenig Geld erreichbare Angebote für Sport, Kultur und Teilhabe bieten.

Wir sehen auch, dass große Themen sehr konkret werden. Verkehr wird zur Frage, ob Kinder sicher morgens über die Werrabrücke zur Schule kommen. Wohnen wird zur Frage, ob Alleinerziehende, Azubis und Studierende in der Stadt bleiben können. Demokratie wird zur Frage, ob Menschen, insbesondere Frauen und Queers sowie migrantisiert gelesene Personen, nachts angstfrei unterwegs sein können, ob Gesprächskultur noch existiert und wie rechte Hetze und Einschüchterung wirksam zurückgedrängt werden.

In den vergangenen Jahren wurden viele Gutachten, Machbarkeitsstudien und Konzepte erstellt. Uns wird oft gesagt, dass die Stadt davon aber zu wenig umsetze. Wir wollen diese Konzepte wieder aus den Schubladen holen und die Verwaltung dazu auffordern, sie endlich konsequent umzusetzen. Außerdem möchten wir von anderen Kommunen lernen und Erfahrungen bei Bürger\*innenbeteiligung, kommunalem Klimaschutz und lokaler Ökonomie in unsere Arbeit einfließen lassen. Zentral dafür ist, trotz knapper Kassen die Wiedereinführung der in den letzten Jahren für diese Bereiche weggekürzten Stellen. Förderprogramme klug genutzt und kombiniert können nicht nur diese dauerhaft finanzieren, sondern insgesamt mehr Investitionen und Leben in unsere Stadt bringen, statt weiter den

Stillstand und Mangel zur Maxime politischen Handelns zu machen.

Uns hilft dabei die Vernetzung der Linken auf Kreis-, Landes- und Bundesebene. Viele Entscheidungen, die in Berlin oder Wiesbaden getroffen werden, spürt man in Witzenhausen direkt, etwa bei der Finanzierung von Kitas, bei Krankenhausstrukturen, beim ÖPNV oder bei der kommunalen Haushaltslage. Wir setzen uns dafür ein, einen konstanten Mehrwert für Witzenhausen zu schaffen, der sich nicht nur monetär beziffern lässt, sondern sich im Alltag zeigt: in sicheren Wegen, in bezahlbarem Wohnen, in starken öffentlichen Räumen, in guter Versorgung und in einer Demokratie, die im Kleinen funktioniert.

## 2 Soziale Gerechtigkeit im Haushalt: Hände weg von Kindern und Familien

Soziale Gerechtigkeit darf nicht an der Haushaltstür enden. Während Kommunen finanziell immer stärker unter Druck geraten, wurden große Unternehmen in den letzten Jahren steuerlich entlastet. In Witzenhausen subventionieren wir mit unserer Infrastruktur insbesondere die Konzerne im Gelstertal. Der Aktienkurs von DS Smith ist im letzten Jahr um das Doppelte gestiegen, während die Gewerbesteuerzahlungen an die Stadt faktisch kaum noch existieren. Die Folgen dieser Politik werden auf kommunaler Ebene zunehmend nach unten weitergereicht, zulasten von Kindern, Jugendlichen und Familien.

In Gesprächen hören wir regelmäßig die gleiche Sorge: Viele kritisieren steigende Kita-Beiträge, höhere Essensgelder, Gebühren für Bildung, Sport und Freizeit oder Kürzungen in der Jugendarbeit. Eltern sagen uns, dass sie bei derzeit steigenden Mieten und Grundsteuern nicht noch mehr Belastung tragen können, weil am Monatsende ohnehin kaum noch Spielraum bleibt. Gleichzeitig erleben wir, dass gerade Familien im ländlichen Raum verlässliche und bezahlbare Angebote brauchen, um Erwerbsarbeit, Care-Arbeit und Alltag miteinander vereinbaren zu können.

Für uns ist klar: Hände weg von Kindern und Jugendlichen. Haushaltskonsolidierung darf nicht auf dem Rücken derer passieren, die ohnehin am wenigsten ausweichen können. Wer Betreuung, Bildung und Teilhabe verteuert, verschärft soziale Ungleichheit und schwächt langfristig auch die wirtschaftliche Basis der Stadt. Entlastungen am Jahresende helfen nicht, wenn das Geld jeden Monat fehlt. Eine soziale Haushaltspolitik berücksichtigt reale Lebenslagen, nicht nur rechnerische Effekte.

Wir sind überzeugt: Es gibt Alternativen zu Kürzungen auf Kosten der Schwächsten. Man kann sparen, ohne soziale Infrastruktur zu zerstören. Man kann Verantwortung übernehmen, ohne sie nach unten weiterzugeben. Und man kann gestalten, wenn man den Mut hat, alte Denkweisen zu verlassen.

Dazu gehört für uns auch, Prioritäten offen zu diskutieren. Viele kritisieren eine mangelhafte Gesprächskultur in der Stadtpolitik und wünschen sich, dass Haushaltsentscheidungen nicht als technisches Expert\*innenthema behandelt werden, sondern als Grundsatzfrage: Was braucht eine Stadt, damit Menschen hier gut leben können – auch mit wenig Geld, im Alter, mit Kindern, mit Behinderung oder mit Fluchterfahrung?

## **3 Stadtentwicklung für gutes Leben und bezahlbares Wohnen**

### **3.1 Bezahlbaren Wohnraum schaffen**

#### 3.1.1 Sozial orientierte Wohnraumpolitik

Wohnen ist ein Grundrecht und darf kein Spekulationsobjekt sein. Deshalb setzen wir uns für eine soziale, gerechte und nachhaltige Wohnraumpolitik ein, die allen Menschen in Witzhausen ein sicheres Zuhause ermöglicht. Unsere Leitlinie lautet: Wohnraum gehört in die öffentliche Verantwortung.

In Gesprächen hören wir sehr deutlich, dass bezahlbarer Wohnraum fehlt, nicht nur für Studierende, sondern auch für Familien, Alleinerziehende, Beschäftigte im Niedriglohnbereich und ältere Menschen. Viele berichten, dass sie an barrierearme Wohnungen kaum kommen, weil das Angebot fehlt oder die Mieten zu hoch sind. Gleichzeitig wird uns gesagt, dass Leerstand sichtbar ist, aber nicht systematisch aktiviert wird.

Unsere zentralen Forderungen sind: 25 Prozent Sozialwohnungsquote bei allen Neubauvorhaben, ein bundesweiter Mietenzustopp beziehungsweise Mietendeckel, damit Wohnen wieder bezahlbar wird. Wir befürworten gerade bei Neuentwicklung ganzer Quartiere, wie dem Raiffeisengelände, dem jetzigen Parkplatz am Werraufer, welches in städtischer Hand ist, und dem Konversionsgebiet Richtung Bischhausen die bereits 2019 vorgeschlagene Konzeptvergabe. Hierbei orientiert sich die Stadt an konsequenter Ausrichtung der Wohnraumpolitik am Gemeinwohl statt an Höchstgeboten und regelt dies soweit möglich über B-Pläne.

#### 3.1.2 Städtische Verantwortung für Wohnraum stärken: Wohnungsbaugesellschaft

Um bezahlbaren Wohnraum dauerhaft zu sichern, braucht die Stadt eigene Handlungsmöglichkeiten. Deshalb fordern wir die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Sie soll selbst sozialen und preiswerten Wohnraum bauen, Bestandsimmobilien erwerben oder entwickeln, das städtische Vorkaufsrecht aktiv nutzen, Leerstände identifizieren, sanieren und wieder nutzbar machen.

Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft ist nicht nur sozialpolitisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Zwar erfordert ihre Gründung zunächst Investitionen, doch langfristig stärkt sie die finanzielle Stabilität der Kommune. Wohnraum ist ein dauerhaft nachgefragtes Gut und generiert stetige, planbare Einnahmen. Mieten fließen nicht an private Investor\*innen ab, sondern bleiben in der Stadt, wo sie für soziale Infrastruktur, Sanierungen und neue Wohnprojekte genutzt werden können.

Darüber hinaus schafft eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft Unabhängigkeit von Marktschwankungen, entlastet den Haushalt durch geringere Ausgaben für Notunterbringungen und verhindert teure Fehlentwicklungen im Wohnungsmarkt. Durch strategische Bodenpolitik und eigenes Bauen gewinnt die Stadt Handlungssicherheit: Sie kann Wohnungen dauerhaft bezahlbar halten, klimapolitische und gestalterische Standards setzen und aktiv auf den demografischen Wandel reagieren. Jeder Euro, der heute investiert wird, sorgt morgen für mehr finanzielle Stabilität, soziale Sicherheit und Gestaltungsspielraum für die gesamte Stadt.

#### 3.1.3 Wohnraum für junge Menschen schaffen

Witzhausen ist eine Universitäts- und Ausbildungsstadt und doch fehlt es an bezahlbaren Wohnmöglichkeiten für junge Menschen. Das wird uns immer wieder gesagt, gerade von Studierenden, Auszubildenden und Berufseinsteiger\*innen, die gern hierbleiben würden, aber keine passende Wohnung finden.

Wir setzen uns ein für den Ausbau studentischer Wohnheimplätze, Unterstützung innovativer und günstiger Wohnformen für Studierende, Auszubildende und Berufseinsteiger\*innen, neue Wohnmodelle auch in Ortsteilen, ein weiteres Wohnheim des Studentenwerks zur Entspannung des studentischen Wohnungsmarkts. Ebenso für die Reaktivierung des Programms „Wohnen für Hilfe“, was ältere alleinlebende Menschen in Einfamilienhäusern mit jungen Untermieter\*innen zu einem günstigen Preis und vereinbarter Mithilfe sowie Gesellschaft zusammenbringt.

## 3.2 Begegnung schaffen und Stadtgesellschaft stärken

### 3.2.1 Lebendige Innenstädte und starke Ortsteile

Eine Stadt lebt von ihren Menschen und vom Raum, den sie miteinander teilen. In Gesprächen hören wir oft, dass Läden und Kneipen verschwinden, dass die Innenstadt an Attraktivität verliert und dass viele sich nach mehr Aufenthaltsqualität, Grün und Naherholung sehnen.

Wir möchten Innenstadt und Ortsteile gleichermaßen stärken. Dazu gehört der Ausbau eines Familienzentrums nach Vorbild des Familienzentrums Heuberg in Eschwege oder Bad Sooden-Allendorf mit Öffnungszeiten insbesondere am Wochenende, barrierefreie Wege, Plätze und Gebäude, Belegung von Dorf- und Stadtteilzentren sowie Unterstützung von Vereinen und Initiativen.

### 3.2.2 Soziale Infrastruktur sichern

Öffentliche Infrastruktur ist elementar für Teilhabe. Viele Menschen nennen uns ganz konkret, was ihnen fehlt oder was bedroht ist: Räume für Jugendliche im Winter und abends, Veranstaltungsräume, Kulturorte, sichere Treffpunkte, Bibliothek und Orte, an denen man auch ohne Konsum willkommen ist.

Wir setzen uns ein für den Erhalt und Ausbau von Bibliothek, Generationentreff, Räume für Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen, Parks, Stadtplätze und öffentliche Begegnungsräume, finanzielle Absicherung der Ortsbeiräte und Handlungsfähigkeit auch bei Haushaltssperren. Wir möchten längere Öffnungszeiten für Jugendliche im Generationentreff erwirken, insbesondere im Winter und am Wochenende, ebenso wie einen Treffpunkt für junge Menschen in der Innenstadt. Wir stehen gegen die Schließung des Jugendbüros.

## 3.3 Verantwortungsvoller Umgang mit Flächen

### 3.3.1 Flächen aufwerten statt versiegeln

Keine neuen Gewerbegebiete auf der grünen Wiese. Schutz landwirtschaftlicher Böden. Klimaanpassung systematisch berücksichtigen. Natur- und Landschaftsschutz in Planungen integrieren. Flächenversiegelungen für Neubauten dürfen nicht rentabler sein als Renovierung oder Abriss alter Gebäude, weil dies sonst zu leerstehenden und verfallenden Gebäuden auf der einen und wachsenden Neubaugebieten auf der anderen Seite führt.

Neben dem Ziel der Klimaneutralität muss die Lebens- und Aufenthaltsqualität aller Witzenhäuser\*innen zum Ankerpunkt zukünftiger Planungen werden. Hier gilt es, die verbleibende Förderperiode des ISEK für visionäre Projekte

wie den Umbau des Werraufers zu einer Spiel- und Sportfläche zu nutzen sowie weitere Mittel aus Landes- und Bundesprogrammen zu akquirieren, die über die Projektlaufzeit hinaus für eine lebendige, grüne, gut sanierte Innenstadt und Ortsteile sorgen.

### 3.3.2 Nachhaltige und soziale Baukriterien

Energieeffiziente Sanierungen, nachhaltige Baumaterialien, grüne Gewerbeflächen, Renaturierung und Regenwassermanagement. Kommunale Wärmeplanung konsequent voranbringen: Eine vorausschauende Wärmeplanung ist zentral für eine sozial gerechte und klimafreundliche Stadtentwicklung. Sie schafft Planungssicherheit, reduziert langfristig Energiekosten und ermöglicht koordinierte, effiziente Infrastrukturentscheidungen in allen Quartieren.

Wir stehen gegen die weitere Ausweitung von Neubaugebieten, da sie zu viele Böden versiegeln und die Kosten für städtische Infrastruktur weiter nach oben treiben. Wir befürworten die (Neu)bebauung bereits versiegelter Flächen mit guter ÖPNV-Anbindung.

## 3.4 Kommunale Boden- und Eigentumspolitik

### 3.4.1 Kommunales Vorkaufsrecht gezielt nutzen

Immobilien für das Gemeinwohl sichern, Vergabe nach sozial-ökologischen Kriterien. Nicht der oder die meistbietende Investor\*in soll den Zuschlag erhalten, sondern die, die dem Gemeinwohl am besten dienen.

### 3.4.2 Öffentliche Infrastruktur modernisieren statt privatisieren

Sanierung und Modernisierung statt Verkauf. Nutzung für Jugend, Kultur, Bildung und Gemeinschaft. Erhalt von Orten der sozialen Teilhabe. Der weitere Ausverkauf städtischen Eigentums, vor allem der Dorfgemeinschaftshäuser, muss gestoppt werden. Wir brauchen strenge Vorgaben in Verträgen und Pachtverträgen für städtische Gebäude und Infrastrukturen.

## 3.5 Leerstand optimal nutzen und Entwicklung nach innen

Wir brauchen eine Entwicklung nach innen, hin zu einer ästhetisch ansprechenden Innenstadt. Viele sprechen uns auf Leerstand an und verbinden damit zwei Wünsche: mehr bezahlbaren Wohnraum und mehr lebendige Nutzungen in der Innenstadt statt weiterer Zersiedelung.

Konkret bedarf es einer nachhaltigen Bauleitplanung mit dem Ziel, Straßenzüge in der Innenstadt aufzuwerten. Nötig ist eine Revitalisierung historischer Ortskerne und Plätze mit

entsprechender Parkraumbewirtschaftung. Leerstandskataster sind zu erneuern und sichtbar zu machen.

Parallel dazu soll eine Musterimmobilie für energetische und ökologische Quartierssanierung am Beispiel der Fachwerk-Musterimmobilie Wanfried etabliert werden. Die Renovierung oder der Abriss alter Gebäude sollte von der Kommune auch über den Projektzeitraum von ISEK und die ausgewiesenen Quartiere hinaus subventioniert werden. Entsprechende Anträge für Folgeprogramme sind bereits jetzt zu stellen.

Eine Ausschreibung neuer Bauflächen sollte nur dann erfolgen, wenn kein Leerstand mit vergleichbarer Wohnfläche in der Kommune beziehungsweise dem jeweiligen Ortsteil nachgewiesen werden kann. Ist ein Neubau geplant, muss der Nachweis erbracht werden, dass hierfür ein triftiger Grund vorliegt, der nicht durch die Nutzung leerstehender Gebäude aufgewogen werden kann.

Städtische Baugrundstücke und Gebäude sollen nur noch für Wohnprojekte mit innovativen und nachhaltigen Konzepten vergeben werden, zum Beispiel Mehrgenerationenprojekte und Vorgaben für Klimaschutz. Alternatives beziehungsweise ökologisches Wohnen am Siedlungsrand, ob Bauwagen- oder Tinyhouse-Modell, muss unter Einhaltung baurechtlicher Auflagen wie Brandschutz, Abwassermanagement, Verkehrssicherungspflicht und weiterer Anforderungen legalisiert werden. Dabei sind auch alternative Formen des Wasser- und Energiemanagements zu berücksichtigen. Gefördert werden sollen Co-Housing-Konzepte als Leitgedanke neuer Siedlungen statt Neubaugebieten mit großflächigen Einfamilienhäusern, die kostspielige Infrastrukturmaßnahmen für die Stadt nach sich ziehen und weitere Flächen versiegeln.

Nach- und Zwischennutzungen leerstehender Gewerberäume sind von städtischer Seite aktiv zu fördern. Hierfür ist der regelmäßige Austausch mit anderen Kommunen zu suchen, die teils sehr innovative Programme entwickelt haben, sowie die Schlussfolgerungen aus studentischer Projektarbeit zur lokalen Ökonomie politisch umzusetzen.

### **3.6 Effiziente Straßenbeleuchtung und weniger Lichtverschmutzung**

Wir fordern ein energetisch sinnvolles, sparsames Beleuchtungskonzept für die Innenstadt. In Gesprächen wird uns oft gesagt, dass Menschen sich nachts unsicher fühlen und gleichzeitig unnötige Dauerbeleuchtung Insekten schadet und Energie verschwendet. Beides gehört zusammen: Sicherheit, Klimaschutz und Artenvielfalt müssen gemeinsam gedacht werden.

Die Straßenbeleuchtung ist mit LEDs auszustatten. Außerdem muss geprüft werden, an welchen Stellen ein Betrieb von Beleuchtung mit Solarplatten sinnvoll ist. An

vielen Stellen kann eine ständige Beleuchtung durch temporäre, mit Bewegungsmeldern aktivierbare Beleuchtung ersetzt werden. Geeignete Stellen sind zu finden und die Konzepte dort umzusetzen.

Großflächige kommerzielle Leuchtreklame ist über Nacht von 21.00 bis 6.00 Uhr abzuschalten. Das spart Strom und hilft auch den Insekten.

## **4 Klima, Verkehr und Umwelt**

### **4.1 Unser Beitrag zum Klimaschutz und Klimaneutralität 2035**

Um unsere unmittelbaren Lebensgrundlagen zu schützen und Umwelt sowie Tier- und Pflanzenarten zu bewahren, betrachten wir es als zentrale Aufgabe, Witzenhausen auf den Weg zur Klimaneutralität zu bringen. Wie auch andere Kommunen wollen wir bereits bis zum Jahr 2035 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf Null reduzieren. Dabei erachten wir das Ziel, die Erderwärmung so gering wie möglich zu halten, als verpflichtend, auch wenn sich aufgrund der aktuellen Politik immer deutlicher abzeichnet, dass dies kaum zu verwirklichen sein wird. Unser Ziel ist die Durchsetzung konsequenter Klimaschutzmaßnahmen und eine klimapolitische Wende vor Ort.

Viele Menschen nennen uns als Wunsch mehr Grünflächen, mehr Bäume, mehr Naherholung, weniger Versiegelung und eine Stadtentwicklung, die Hitze, Starkregen und Trockenheit ernst nimmt. Klimaschutz ist für sie kein Luxus, sondern eine Frage von Lebensqualität, Gesundheit und Gerechtigkeit.

Wir fordern die Schaffung einer Stabsstelle Klimaschutz mit freiwillig auferlegter Vetofunktion im Rathaus, die Prüfung relevanter Beschlüsse auf Klimaauswirkungen, die Überarbeitung des Klimaschutzkonzepts mit jährlicher Berichterstattung, Schutz und Stärkung der Leistungsfähigkeit natürlicher Senken sowie die Einrichtung einer Beratungsstelle Klimaschutz.

### **4.2 Energie, Gebäude und Infrastruktur: Stadtwerke als Klimaneutralitätsdienstleister**

Um Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen, muss die Erzeugung von Strom und Wärme auf nachhaltige Alternativen umgestellt werden. Notwendig ist eine schnelle Weichenstellung, da einige der notwendigen Maßnahmen in der Umsetzung einen langen zeitlichen Vorlauf haben. Zentraler Ankerpunkt dafür ist die städtische Tochtergesellschaft Witzenhäuser Freizeit- und Bäder GmbH, die Stadtwerke. Diese sollen zu einem Klimaneutralitätsdienst-

leister umgebaut werden. Langfristiges Ziel ist ein kompletter Ausstieg der Stadt Witzenhausen aus fossilen Energien.

Die Energiepolitik ist der größte Hebel, denn die Stadtwerke gehören zu 100 Prozent der Stadt. Hier werden die Weichen für die kommenden Jahrzehnte gestellt: welche Art der Energie wir für Strom- und Wärmegewinnung nutzen und wie wir unser kommunales Wassermanagement gestalten. Darüber hinaus betreibt die GmbH den Stadtbus und das Schwimmbad. Auch hier gilt es, öffentliche Daseinsfürsorge auszubauen und gleichzeitig auf Klimaneutralität zu achten. Mit einer rein kaufmännisch ausgerichteten Unternehmenspolitik wird dies nicht gelingen. Wir fordern eine strukturelle Umgestaltung der Stadtwerke zugunsten der Energiewende auf sozialer und ökologischer Ebene.

Bei Infrastrukturmaßnahmen zugunsten der Energiewende, wie Photovoltaik oder Windkraft, die massiv in den Lebensraum eingreifen, müssen Bürger\*innen und gegebenenfalls Ortsbeiräte frühzeitig, konsequent und nachhaltig in die Planungen einbezogen werden. Deren Bedenken und lokales Fachwissen, auch naturrechtlicher Art, sind genauso hoch zu bewerten wie Fachgutachten von Ortsfremden.

Wir machen uns stark für einen Witzenhausen-2030-Tarif: Ökostrom aus den Stadtwerken, der für jeden Geldbeutel erschwinglich ist. Gerade mit Blick auf steigende Lebenshaltungskosten hören wir oft den Wunsch nach bezahlbarer Energie, die nicht zum Armutsrisiko wird. Der Energieverbrauch muss durch Effizienzmaßnahmen deutlich gesenkt werden. Beim Energiespar-Contracting können individuell auf ein Gebäude zugeschnittene Effizienzmaßnahmen durch den Energiedienstleister umgesetzt werden, mit dem Ziel, Energie und Kosten in allen öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen zu sparen.

Wir brauchen eine zentrale Wärmeversorgung mit Nahwärme. Das muss bei allen Tiefbauarbeiten durch die Verlegung von Leerrohren berücksichtigt werden. Parallel dazu muss eine Kommunikationsstrategie entwickelt werden, um neue Nahwärmekund\*innen zu gewinnen.

Die Dachflächen für Solarpanels auf kommunalen und öffentlichen Gebäuden sowie Parkplätzen sind zu erfassen und zu prüfen, wie der geplante Solarpark in Albshausen und Hubenrode durch vorhandene Flächen, die näher an den Stadtwerken liegen, ersetzt werden kann. Bei Neubau von Geschäftsparkplätzen muss über den B-Plan eine entsprechende Auflage für das Errichten von Solarpanels eingebaut werden.

Wir brauchen klare Richtlinien für Neubaugebiete im Hinblick auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz sowie die Förderung autofreier Quartiere, unterstützt durch Car-Sharing-Angebote. Ein konstantes CO<sub>2</sub>- und Energiemonitoring mit jährlicher Berichtspflicht muss in Verwaltungsaufgaben verankert werden. Städtisches Eigentum darf nur unter Verpflichtung zur Einhaltung strenger Klimaschutzklauseln verkauft werden.

Ein kommunaler Nachhaltigkeitsbeirat, besetzt mit kommunalen Expert\*innen sowie engagierten Bürger\*innen aus dem Agenda-2030-Prozess, soll die Stadt bei der Umsetzung dieser Ziele begleiten. Eine offizielle Agenda 2030 ist wieder einzurichten, um den Herausforderungen hauptamtlich begegnen und die Ehrenamtlichen koordinieren zu können.

### **4.3 Feuerwehr und Katastrophenschutz**

Die Feuerwehr muss besser aufgerüstet und aufgestellt werden, vor allem im Hinblick auf Starkregenereignisse und hinsichtlich der Personenschutz-ausrüstung. Die Anschaffung eines Hygieneanhängers mit Schwarz-Weiß-Trennung zur Vorbeugung von Feuerkrebs unterstützen wir. Grundlegende Mängel aus Prüfberichten müssen beseitigt werden. Ortswehren sollen erhalten bleiben, auch als Struktur für sozialen Zusammenhalt in den Dörfern. Im Rahmen der Brandschutz-AG sollen sich Wehrmitglieder stärker einbringen können, auch in der Priorisierung benötigter Anschaffungen. Jugendwehrmitglieder sollen Anreize für ihr Ehrenamt bekommen.

### **4.4 Schutz und Erhaltung der Artenvielfalt**

Wir fordern ein Verbot von Pestiziden im gesamten öffentlichen Raum. Seit 2017 ist Glyphosat auf öffentlichen Flächen verboten. Im nächsten Schritt soll im Umkreis von 15 Kilometern in allen Garten- und Obstanlagen der Einsatz synthetischer Pestizide verboten werden, auch in den Kirschenplantagen rund um Witzenhausen, insbesondere rund um die beiden Waldkindergärten. Um Krankheiten und Schädlingsbefall zu reduzieren, sind vielfältige Obstsorten zu pflanzen und durch Förderprogramme zu unterstützen.

Wir wollen die Biodiversität erhalten und fördern, auch durch insektenfreundliche Beleuchtung. Wir fordern eine deutliche Reduktion der Lichtverschmutzung in Innenstadt und Ortsteilen. Neue Straßenlaternen müssen mit LED- oder Solartechnik inklusive Bewegungsmelder beziehungsweise Zeitschaltuhr ausgestattet werden.

Wir wollen mehr Blühflächenmanagement: Blühmischungen in Parks, auf Kreiseln und Grünflächen, eine Grünflächenpflege möglichst ohne Dieselantriebe und Mahd erst nach der Blüte. Steingärten sollen in zukünftigen Neubaugebieten verboten werden.

Bei Krötenwanderungen sollen mobile Amphibienschutz-zäune betreut und gewartet werden. Hier braucht es mehr Bürgerbeteiligung und Engagement der Stadt, etwa durch rechtzeitiges Aufstellen von Warnschildern und Tempolimits während der Wanderungen.

## 4.5 Verkehrswende sozial und ökologisch

Eine Verkehrswende ist für die städtische Klimaneutralität unerlässlich. Gleichzeitig muss sie sozial nachhaltig sein, damit alle Witzenhäuser\*innen profitieren. In Gesprächen hören wir sowohl die Belastung durch Lärm und Abgase als auch den Wunsch nach sicheren Wegen, weniger Stress im Alltag und mehr Freiheit ohne Auto. Viele sprechen über gefährliche Stellen, über fehlende sichere Querungen, über problematische Kreuzungen und über das Gefühl, dass sich der Stadtverkehr nicht an Kindern, Senior\*innen und mobilitätseingeschränkten Menschen orientiert.

Wir wollen deutlich mehr Platz für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen und einen ausgebauten, flexiblen und elektrifizierten ÖPNV. Der gesamte Stadtverkehr soll sich an den schwächsten Verkehrsteilnehmer\*innen orientieren, vor allem mobilitätseingeschränkten Menschen, Senior\*innen und Kindern, damit Menschen in der Kernstadt und den Ortsteilen eher zu Fuß gehen und mit dem Rad fahren.

Wir fordern flächendeckend Tempo 30 auf allen Wohnstraßen in der Kernstadt und in den Dörfern. Dazu brauchen wir verkehrsberuhigte Bereiche, Spielstraßen mit Vorrang für Kinder, Fußgänger\*innen und Fahrräder sowie Schrittempo für Autos. Bestehende Fußgängerzonen müssen ausgeweitet und neue Fußgängerüberwege eingerichtet werden. In Gesprächen wird uns zum Beispiel sehr konkret der Wunsch nach einem Zebrastreifen im Bereich der Aral-Tankstelle genannt, ebenso auf der Landstraße Richtung Kleinalmerode auf Höhe der Kita „Kleine Freunde“ und in der Ermschwerder Straße auf Höhe der Thüringer Straße, weil Menschen, insbesondere Kinder, dort tägliche Gefahrensituationen erleben. Umwege sollen dem motorisierten Verkehr vorbehalten bleiben.

### 4.5.1 Werrabrücken neu denken

Grundsätzlich sind wir gegen die geplante neue LKW-Brücke über die Werra. Viele Menschen verbinden damit die Sorge vor einer zusätzlichen Verkehrsflut, mehr Lärm, schlechterer Luft und einem weiteren Verlust an Lebensqualität in der Stadt. Ein Ausbau der Bundesstraße und der Bau einer neuen LKW-Brücke wird zu stark erhöhtem Verkehrsaufkommen, höheren Lärmpegeln und mehr Luftverschmutzung führen. Es muss eine Lösung für den Transport der Güter von Papierfabrik und Müllverbrennungsanlage gefunden werden. Dafür gibt es andere Vorschläge als den Bau einer LKW-Brücke.

Um die Überquerung der Werra für alle Verkehrsteilnehmer sicher zu ermöglichen, fordern wir den Bau einer Fuß- und Radwegbrücke parallel zur Werrabrücke.

### 4.5.2 Schienen im Gelstertal reaktivieren

Die Verkehrssituation hat sich aufgrund des Schwerlastverkehrs in den letzten Jahren verschlechtert. Gefährdet sind vor allem schwächere Verkehrsteilnehmende wie Fußgänger\*innen, Radfahrer\*innen und Kinder sowie die Ortsteile Wendershausen und Ermschwerd. Daher wollen wir Verkehr auf die Schiene verlagern und die alte Eisenbahnstrecke zwischen Neu-Eichenberg und der Industrie im Gelstertal für den Güterverkehr reaktivieren, die bis 2005 in Betrieb war.

Uns ist bewusst, dass dieses Vorhaben aufgrund der Haushaltslage und fehlender Kooperation seitens der Unternehmen derzeit nicht umsetzbar ist. Trotzdem ist die Reaktivierung Teil einer langfristigen und nachhaltigen Lösung im Zuge der Mobilitätswende, die wir nicht nur in Witzenhäusern, sondern bundesweit fordern.

### 4.5.3 Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs

Der Einsatz von Stadtbussen soll optimiert werden. In Gesprächen wird uns häufig gesagt, dass der ÖPNV besser, günstiger und einfacher nutzbar sein muss, damit Menschen ohne Auto nicht abgehängt sind. Es braucht mehr kleine Elektroautos oder Vans statt eines großen Busses sowie flexible Zeiten und Strecken. Die Anbindung zum Bahnhof muss auf die Abfahrtszeiten der Züge getaktet werden.

Wir fordern außerdem einen Schulbus, der Nordstadt und Südstadt verbindet, damit Schüler\*innen eigenständig und sicher zur Schule kommen. Auch aus Siedlungen und Ortsteilen hören wir den Wunsch nach verlässlicheren Schulbusverbindungen.

Zudem braucht es den lückenlosen Ausbau des Fuß- und Radwegenetzes, um Ortsteile mit der Kernstadt zu verbinden und auch innerhalb der Innenstadt sichere Wege zu schaffen.

### 4.5.4 Grünes Elektromobilitätskonzept

Die Stadtverwaltung soll ihren Fuhrpark vorbildhaft auf E-Mobilität umstellen. Die Subventionierung von SUVs für Verwaltungsmitarbeiter\*innen soll abgeschafft werden. Stattdessen sind E-Autos und E-Räder als Car- und Bikesharing-Flotte für Mitarbeitende einzusetzen, die nach Dienstschluss auch anderen Bürger\*innen Witzenhäusens zur Verfügung steht. E-Mobilitätsfuhrparks für städtische Unternehmen wie Stadtwerke, Baubetriebshof und Pro Witzenhäusen GmbH sind auszubauen.

Nachhaltiger Lastverkehr wird durch E-Lastenräder und entsprechende Infrastruktur ermöglicht. Zu untersuchen ist, wie kommunale Ladeinfrastruktur mit Zapfsäulen für E-Mobile mit grüner Energie in das städtische Netz integriert werden kann. Schließboxen für E-Fahrräder und

Ladestationen am Bahnhof, in der Kernstadt und in den Ortsteilen sollen installiert werden. Darüber hinaus soll ein kommunaler Lastenrad- und Fahrradverleih eingerichtet werden.

### 4.5.5 Verkehr und Lärm

Für Anwohner\*innen in Ermschwerd, Wendershausen sowie in der Kasseler Landstraße, Mündener Straße, Am Grabenbach, An den Teichhöfen, Schützenstraße, An der Schlagd und Bohlenbrücke braucht es sofortige Lärmschutzmaßnahmen. Viele Menschen schildern uns die tägliche Belastung durch Lärm, Feinstaub und Stress und dass sie sich von Stadt und übergeordneten Behörden damit allein gelassen fühlen. Lärmschutzlösungen sollen auch Biodiversitäts- und Feinstaubbindungsmehrwert berücksichtigen sowie solare Energiegewinnung ermöglichen.

## 5 Ökonomie: lokal, solidarisch, nachhaltig

### 5.1 Lokale Ökonomie der Nachhaltigkeit

#### 5.1.1 Fairtrade-Town, Bio-Stadt und Ökologisierung der Verwaltung

Seit 2017 ist Witzenhausen Teil des Netzwerks Bio-Städte. Die AG Biostadt versteht sich als Plattform für Erfahrungsaustausch regionaler Akteure und dient als Anlaufstelle für Initiativen und Ideen. Ziel ist die Förderung von Ökolandbau, Weiterverarbeitung und Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln mit kurzen Transportwegen. Über Wirtschaftsförderung und die Versorgung städtischer Kitas und Schulen durch lokale Erzeuger soll der regionale Bio-Landbau und die Wertschöpfung gestärkt werden, während der lokale Absatzmarkt ausgebaut wird.

Seit 2011 trägt die Stadt den Titel Fair Trade Town. Die Kriterien und deren Umsetzung sind erneut zu prüfen. Verpflegungsangebote in städtischen Einrichtungen und in der lokalen Gastronomie sollen Rohwaren so weit wie möglich aus fairem Handel beziehen. Fairtrade-Produkte sollen zunehmend in Verwaltung und städtischen Einrichtungen sowie in Lokalen und Cafés angeboten werden. Parallel dazu sollen Bildungsangebote an Schulen und für die Öffentlichkeit Hintergründe von Bio-Landbau und fairem Handel vermitteln.

In Gesprächen hören wir häufig, dass Menschen sich wieder mehr Leben in der Innenstadt wünschen, mehr kleine Läden, mehr Orte zum Zusammensein und mehr Perspektiven für lokale Arbeit. Gleichzeitig sagen viele, dass fehlende Joban-

gebote und eine schwache lokale Ökonomie das Wegziehen befördern. Deshalb verbinden wir ökologische Ziele mit sozialer und wirtschaftlicher Stabilität vor Ort.

Wir setzen uns dafür ein, mit allen Biostadt-Akteur\*innen den Biostadt-Forderungskatalog umzusetzen und eine starke Erhöhung des Bio-Anteils bei Verpflegungsleistungen zu erreichen. Mit Umgestaltung der Menüplanung und langfristigen Lieferbeziehungen soll eine nahezu budgetneutrale Versorgung mit Bio-Produkten erreicht werden. Bio-Produkte aus der Region stehen im Vordergrund. Bei wachsender Nachfrage sollen bio-regionale Unternehmen gefördert werden.

Der Titel Bio- und Fairtradetown ist an Ortseingängen, Kreiseln, Bahnhof und im Wegweisersystem sichtbar zu machen. Darüber hinaus fordern wir die Etablierung einer Stelle für Fair-Trade-Town und nachhaltige Beschaffung in der Verwaltung. Auch Bau und Renovierung öffentlicher Gebäude, Ausschreibungen und Veranstaltungen sollen stets auf Nachhaltigkeit überprüft werden. Städtische Kitas sollen in Zusammenarbeit mit dem BNE-Netzwerk Nordhessen zu fairen Kitas zertifiziert werden.

Zur Absatzförderung und für eine nachhaltige Innenstadtbewirtschaftung fordern wir die Staffelung von Mietzahlungen für Neugründungen im Einzelhandel für lokale und regionale Erzeuger\*innen. Unternehmen der solidarischen Ökonomie sollen ein verbessertes Förder- und Beratungsangebot erhalten, begleitet durch öffentliche Veranstaltungen und Weiterbildungen für Verwaltungsmitarbeiter\*innen.

#### 5.1.2 Gründung einer Regionalwert AG

Das ökonomische Leitbild der Regionalwert AG ist die Subsistenzwirtschaft. Ziel ist es, Produzierende in der Region auf verschiedenen Stufen der Wertschöpfung mit Konsument\*innen und Anteilseigner\*innen in einer Bürger\*innenaktiengesellschaft zusammenzubringen. Alle Beteiligten sollen über ihre Versorgung mitentscheiden und so lokale Ernährungssouveränität stärken.

Unterstützt werden sollen besonders Unternehmen, die für klassische Investor\*innen unattraktiv sind, sich aber zu nachhaltigen sozialen und ökologischen Standards verpflichten, Nahversorgung sichern und ökologischen Mehrwert erzeugen, etwa solidarische Landwirtschaft. So soll auch die ökologische Agrarwende vorangetrieben werden.

#### 5.1.3 Essbare und pestizidfreie Kommune

Nachpflanzungen essbarer Gehölze müssen kontrolliert und gepflegt werden. In Zusammenarbeit mit dem Geo-Natur-Park Frau Holle und ortsansässigen Obstbauern soll nachhaltiger, pestizidfreier Obstanbau gefördert werden. Zu prüfen ist auch, inwiefern auf kommunalen Flächen

saisonalen Gemüseanbau zur Versorgung lokaler Schulen, Kitas und Seniorenheime umgesetzt werden kann.

## 5.1.4 Netzwerke bilden und Kompetenzen stärken

Universität und Stadtverwaltung müssen in Forschung, digitaler Vernetzung und Beratung besser zusammenarbeiten. Dafür muss die Stelle Wirtschaftsförderung 4.0 langfristig etabliert werden. Wir setzen uns für den Aufbau eines Gründer\*innen-zentrums und Co-Working-Ortes in der Innenstadt ein, um ein innovatives Milieu und einen neuen Anziehungspunkt zu schaffen.

Als Erweiterung des Umsonstladens soll ein Upcycle-Kreativ-Markt etabliert werden, in dem Aufwerten und Reparieren mit technischer Ausstattung und Kursangeboten gefördert werden. In regionalen Kaufhäusern soll Upcycling umgesetzt werden. Repaircafé und Gebrauchtgüterzentrum sind dauerhaft zu fördern.

## 5.2 Bürgerkredite und eigene Währung prüfen

Wir wollen prüfen, ob freiwillige Bürgerkredite als Ergänzung zur klassischen Kommunalfinanzierung eingeführt werden können. Viele Menschen sprechen uns auf die finanzielle Lage der Stadt an und auf den Eindruck, dass immer nur gekürzt wird, statt kreativ zu finanzieren. Bürgerkredite können eine Möglichkeit sein, lokale Bindung zu stärken, Zinsen in der Region zu halten und Abhängigkeit von kurzfristigen Krediten großer Banken zu reduzieren. Sie können zur Absicherung der Liquidität sowie für kleinere soziale Projekte genutzt werden.

Die Wiedereinführung der Regionalwährung „Kirschblüte“ ist zu prüfen, um damit lokalen Handel zu stärken und die Stadt unabhängiger von externen Finanzmarktschwankungen zu machen.

# 6 Soziales, Bildung und Teilhabe

## 6.1 Begegnung, Gemeinschaft und Lebensqualität stärken

Eine starke Stadtgesellschaft entsteht dort, wo Menschen einander begegnen können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sowohl Innenstadt als auch Ortsteile lebendige, sozial geprägte Räume bleiben. In Gesprächen hören wir oft, dass Menschen mehr Treffpunkte wollen, mehr Sitzgelegenheiten, mehr Orte ohne Konsumzwang und eine Stadt, die sich weniger zersplittert anfühlt.

Wir wollen Begegnungsorte schaffen und stärken, wie Familienzentrum, offene Treffpunkte und kulturelle Räume, die allen Generationen zugutekommen. Barrierefreiheit ist für uns Grundprinzip. Wege, Plätze und öffentliche Gebäude müssen so gestaltet sein, dass sie von allen Menschen genutzt werden können. Viele nennen uns barrierefreie Wohnungen und rollstuhlgerechte Straßen als konkrete Baustellen und sagen, dass sie im Alltag zu oft ausgebremst werden.

Vereine und Initiativen tragen wesentlich zum sozialen Zusammenhalt bei. Ihre Anliegen sollen im Parlament Gehör finden und aktiv unterstützt werden.

## 6.2 Kinder, Jugend und Familien

Eine kinder- und jugendfreundliche Stadt ist eine Stadt mit Zukunft. Kinder und Jugendliche müssen aktiv am sozialen und kulturellen Leben teilnehmen können und Räume finden, die ihnen gehören.

Die Sicherstellung verlässlicher Kleinkinderbetreuung bleibt zentral. In Gesprächen hören wir die klare Forderung, dass es keine Kürzungen bei Kita-Plätzen geben darf und dass Horte nicht geschlossen werden dürfen, weil das Familien im Alltag sofort trifft.

Die Betriebskosten für die Kita Frechdachse sind anteilig wieder aufzunehmen, ebenso der Austausch mit dem Studierendenwerk. Die Uni-Kita Frechdachse ist für einen Unistandort von zentraler Bedeutung. Für ältere Kinder und Jugendliche müssen selbstorganisierte Jugendräume erhalten und weiterentwickelt werden. Wir wollen Jugendhilfe stärken und ausbauen und aufsuchende Sozialarbeit gezielt dort einsetzen, wo sie gebraucht wird.

Formate wie das Jugendforum sollen genutzt werden, um Anliegen junger Menschen ernst zu nehmen und in politische Entscheidungen einfließen zu lassen. Kommunikation und Informationen für Jugendliche müssen über zeitgemäße Wege, insbesondere soziale Medien, zugänglich sein. Beteiligung zu allen Kinder und Jugendliche betreffenden Entscheidungen im Parlament ist durch die drei zertifizierten Moderator\*innen für Kinder- und Jugendbeteiligung anzubieten, Ergebnisse sind ernsthaft in Planungen einzubringen. Echte Teilhabe ist mehr als Jugendliche zu informieren, was derzeit alles nicht geht – und sie ist die beste Prävention gegen rechte Hetze, Orientierungslosigkeit und psychische Erkrankungen.

Ziel ist eine Stadt, in der junge Menschen sich entfalten, mitgestalten und Freizeit in einem sicheren, attraktiven Umfeld verbringen können.

## 6.3 Ehrenamt, Engagement und Bürger\*innenbeteiligung

Ohne Ehrenamt läuft in Witzhausen wenig und ohne angemessene Wertschätzung erst recht. Wir möchten das

Engagement sichtbar stärken, das Kultur-, Sozial- und Gemeinschaftsarbeit trägt.

Wir setzen uns dafür ein, einen Fonds für Kultur, Sport und Soziales einzurichten, der nach transparenten und gemeinsam festgelegten Kriterien vergeben wird. In Gesprächen hören wir oft, dass Vereine und Initiativen sich durch kleine Summen enorme Wirkung erhoffen, aber an komplizierten Verfahren, fehlender Planbarkeit oder kurzfristigen Haushaltssperren scheitern. Dadurch erhalten Vereine und Initiativen mehr Planungssicherheit und Gelder fließen dorthin, wo sie die größte Wirkung entfalten. Ehrenamtliches Engagement ist ein Schatz, der gepflegt werden muss.

## **6.4 Gesundheit, Ernährung und Versorgung**

Eine funktionierende Gesundheits- und Grundversorgung ist essenziell für die Lebensqualität aller Generationen. In Gesprächen hören wir sehr häufig Sorgen über fehlende Fachärzt\*innen, über Lücken in der Versorgung und über die Schwächung des Krankenhauses, insbesondere durch fehlende Geburtsstation und fehlendes Röntgen. Menschen berichten, dass sie sich allein gelassen fühlen, weil Wege weit werden und Termine schwer zu bekommen sind.

Witzenhausen braucht mehr Anreize, um Fachärzt\*innen und Hebammen in der Region zu halten oder neu anzusiedeln. Zudem setzen wir uns für die Wiedereröffnung des Kreißsaals ein.

Wir stärken regionale und biologische Verpflegung in Kitas, Schulen und städtischen Einrichtungen – für gesunde Ernährung, kurze Wege und lokale Wertschöpfung. Mobile Angebote wie Seniorenfahrdienste, Medibus und Tafel müssen weiterhin gefördert werden.

In den Ortsteilen wollen wir langfristig lokale Versorgungszentren entwickeln, die Einkaufsmöglichkeiten, medizinische und pflegerische Angebote, barrierefreies Wohnen und kulturelle Teilhabe verbinden. Das ist auch eine Antwort auf die Rückmeldung vieler, dass Ämter, Zulassungsstellen und grundlegende Dienstleistungen zu weit weg sind und dass Verwaltung wieder erreichbar werden muss.

## **6.5 Sport, Freizeit und öffentliche Räume**

Bewegung, Spiel und Begegnung im öffentlichen Raum fördern Gesundheit und Teilhabe. Viele Menschen nennen fehlende Freizeitmöglichkeiten, Spielplätze und Angebote für Familien als Problem und verbinden das mit der Frage, ob Kinder und Jugendliche hier wirklich gut aufwachsen können.

Wir möchten Sport- und Freizeitflächen modernisieren und erweitern, vom Sportplatz Am Sande über Minigolf und Skateranlage bis hin zu offenen Bewegungsflächen.

Sportförderung muss mehr sein als Fußballförderung. Andere Sportarten müssen bei der Vergabe von Hallenzeiten besser berücksichtigt und entsprechend den Planungen für den Kunstrasenplatz anteilig monetär gleichgestellt werden. Der Multifunktionsplatz an der Südbahnhofstraße ist ebenso wie der Neubau eines attraktiven Skateplatzes und eines Pumptracks an der Werra umzusetzen. Pläne und Finanzierungsansätze für den Multifunktionsplatz liegen seit mehr als einem Jahr konkret vor. Mit uns wird dies nicht weiter verschoben, sondern angepackt.

Ein wöchentlicher Schwimmbadbus soll in den Zeiten, in denen das Freibad geschlossen ist, nach Eschwege, Heiligenstadt oder Hessisch Lichtenau pendeln und Kindern ermöglichen, schwimmen zu lernen, sowie allen anderen regelmäßige Bewegung im Wasser zu einem günstigen Preis auch ohne eigenen PKW ermöglichen.

Zusammen mit der Kreisebene wollen wir uns für das Wiederöffnen der Schulhöfe nach der Schulzeit einsetzen. Ebenso soll die Spielfläche hinter der Volkshochschule wieder als naturnaher Spielplatz ertüchtigt werden.

Dazu gehören niedrigschwellige Angebote wie Tischtennisplatten, Basketbalkörbe, Soccerboxen, ausgewiesene Graffiti- und Kunstflächen sowie zusätzliche Sitzgelegenheiten und Aufenthaltsbereiche. Der öffentliche Raum soll so gestaltet sein, dass Menschen aller Generationen ihn wertschätzend nutzen können. Auch die attraktive Gestaltung des Werrauferebereichs und der Stadtparks gehört dazu.

## **6.6 Direkte Demokratie, Teilhabe und Digitalisierung**

Wir wollen eine politische Kultur, die Menschen einbezieht. Dazu gehören nachvollziehbare Verwaltungsprozesse, transparente Entscheidungen und echte Mitsprachemöglichkeiten. Viele berichten uns, dass sie nicht wissen, wo sie Informationen finden, an wen sie sich wenden sollen oder warum Entscheidungen scheinbar alternativlos dargestellt werden. Das wollen wir ändern.

Wir setzen uns für einen Livestream aus der Stadtverordnetenversammlung sowie den Ausschüssen ein, wie es in vielen anderen Kommunen in Hessen bereits üblich ist. So können mehr Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen oder wegen Sorgearbeit zuhause sein müssen, teilnehmen und ein Bild von der Entscheidungsfindung gewinnen.

Wir möchten als zertifizierte kinderfreundliche Kommune die Teilnahme mit Kindern an politischen Veranstaltungen vereinfachen. Für Bürger\*inneninformationsveranstaltungen sind Formate, Räume und Uhrzeiten zu wählen, die eine Vereinbarkeit mit Kinderbetreuung ermöglichen. Diese muss von städtischer Seite immer mitgedacht und gewährleistet werden.

Ein modernes Beschwerdemanagement mit Ombudsstelle und digitalem Zugang soll sicherstellen, dass Anliegen der Bürger\*innen schnell bearbeitet werden. Die Digitalisierung der Verwaltung muss zugunsten der Bürger\*innen erfolgen, unter anderem durch gut aufbereitete Online-Informationen zu Bauprojekten, Beschlüssen und aktuellen Planungsständen. Gerade beim Glasfaserausbau hören wir Frust über schlechte Kommunikation und unklare Zuständigkeiten. Verwaltung muss hier verbindlicher, transparenter und serviceorientierter werden.

Wir setzen uns für die Einführung eines Bürger\*innenrates und eines Bürger\*innenhaushalts ein. Für eine widerstandsfähige Stadt soll außerdem ein Resilienzbeirat eingerichtet werden.

## **6.7 Flucht, Migration und Antirassismus**

Witzenhausen ist eine weltoffene Stadt. Menschen, die hier Schutz suchen, sollen ein Leben in Sicherheit, Würde und ohne Angst vor Abschiebung führen können. Wir setzen uns für dezentrale Unterbringung ein und gegen nächtliche oder schulische Abschiebeaktionen.

Die Stadt soll zusätzliche Geflüchtete aufnehmen und sich an Programmen beteiligen, die eine menschenwürdige Aufnahme ermöglichen. Sprachcafés sowie Fahrrad- und Schwimmkurse unterstützen Integration und sollen weiterhin gefördert werden.

Wir positionieren uns klar gegen rechte Ideologien und Hetze, sowohl in der Stadtgesellschaft als auch im digitalen Raum. In Gesprächen hören wir auch Angst vor Demokratieabbau und das Gefühl, dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Eine solidarische Kommune lebt vom Respekt gegenüber allen Menschen, die hier leben.

## **7 Energiewende und Kreislaufwirtschaft**

In Witzenhausen sind je nach Müllart verschiedene Unternehmen an der Entsorgung beteiligt. Nach Aufgabe der Witzenhäuser Kompostanlage auf dem Burgberg wird Biomüll in der Großanlage Lohfelden vergoren, zu Biogas umgewandelt und anschließend zu Komposterde verarbeitet. Dort wird auch Restmüll verbrannt. Was wir stattdessen brauchen, ist ein lokales Kompostmanagement. In Gesprächen wird uns immer wieder gesagt, dass Menschen konkrete, alltagstaugliche Lösungen wollen, die Müll reduzieren, Wege verkürzen und Gebühren nicht weiter erhöhen.

Zu untersuchen ist, wie über die Witzenhäuser Kompostanlage organische Stoffkreisläufe wieder geschlossen werden können.

Kunststoffe werden durch die Firma Fehr-Knettenbrech eingesammelt und durch BellandVision als Teil des dualen Systems in teils wiederverwertbare Stoffströme aufgeteilt. Haushaltsmüll, Sperrmüll und Elektroschrott werden in der mechanischen Abfallverwertungsanlage in Meißner-Weidenhausen entgegengenommen. Langfristiges Ziel ist eine plastikfreie Kommune mit einem gut funktionierenden Recyclinghof, der mittelfristig der Stadt Geld einbringen kann. In Gesprächen hören wir auch den Wunsch nach kostenlosem Sperrmüll oder zumindest nach einfacheren, bezahlbaren Lösungen, weil illegale Ablagerungen oft Ausdruck von Überforderung und Kostenstress sind.

## **7.1 SCA und Müllverbrennung**

Ersatzbrennstoffe dienen zur Energieversorgung der Fabrik des schwedischen Papierherstellers SCA. Dieser hat einen Vorteil davon, viel Müll zu verbrennen, da die Abnahme des Mülls vergütet wird. Elektromüll wird zur Sortierung weitergegeben. Ab dem Moment, ab dem Materialien den Wertstoffhof erreichen, sind sie als Abfall zu verstehen und dürfen nicht mehr für private Zwecke mitgenommen werden. Sofern Materialien noch verwendbar sind, verweisen Abfallentsorger auf die Verschenkeseite des Landkreises sowie auf das Gebrauchtwarenzentrum.

Zwar entsprechen diese Strukturen der Rechtslage, sie könnten jedoch weit ambitionierter ausfallen. Aktuell werden lineare Wege der Stoffverwertung genutzt, entweder Verbrennung mit Schlacke und giftigen Filtern oder Zerlegung in Ausgangsstoffe, wobei Verbundstoffe oft keine Wiederverwendung ermöglichen. Die Fertigung neuer Produkte aus recycelten Rohstoffen verbraucht mehr Energie und bedeutet höheren Transportaufwand als frühere Kreislaufschließung. Damit könnte auch Downcycling, also Qualitätsverlust bei jedem Recyclingvorgang, umgangen werden.

Insgesamt müssen sich Verwertungskreisläufe stärker an konsequenter Kreislaufwirtschaft, Circular Economy und Zero-Waste-Zielen ausrichten, ergänzt durch Bildungskonzepte an Schulen und in der Öffentlichkeit.

Darüber hinaus dürfen Rückstände aus der Müllverbrennung nicht mehr offen durch die Stadt transportiert oder am Burgberg gelagert werden. Bettascherückstände dürfen nicht mehr im Straßenbau eingesetzt werden. Zu untersuchen ist, wie Nährstoffe wie Phosphat aus Klärschlamm wiederverwendet werden können.

## **7.2 Aufarbeitung von Sekundärrohstoffen**

Gebrauchtwarenzentren sind um eine Sammelstelle für wiederverwendbare Baustoffe zu ergänzen, gegebenenfalls

im alten Aldi-Gebäude. Dort könnten auch Materialien gesammelt werden, die für die Umrüstung auf erneuerbare Energien benötigt werden. Gerade im Baugewerbe entstehen viele Emissionen durch stetige Verwendung neuer Materialien. Elektronische Geräte sollten vor dem Entkernen und energieaufwendigem Rückführen in Einzelbestandteile auf Wiedernutzung überprüft und transparent angeboten werden.

Für Stoff- und Energieströme im Stadtgebiet sowie angrenzenden Gebieten ist ein Circularity Mapping durchzuführen, eine Kartierung von Stoffströmen, Energieflüssen und Transportwegen, um Potenziale der Wiederverwendung und Abkürzung von Verwertungsschleifen aufzuzeigen. Das umfasst Textilien, Baustoffe und Verpackungen wie Glas. Ein gut ausgestattetes Reparaturcafé mit 3D-Drucker soll Reparatur und Wiederverwendung stärken.

Ein Standort der kreisweiten Bauteilbörse ist in Witzhausen anzusiedeln.

### **7.3 Streupflicht im Winter ohne Streusalz**

Streusalz belastet den Wasserhaushalt von Pflanzen und versalzt Böden und Gewässer. Es reizt die Pfoten von Vierbeinern. Wir fordern als Alternative abstumpfende Streumittel wie Granulat, Sand, Kies oder Splitt ohne Schwermetalle.

## **8 Erinnerungskultur und demokratische Stadt**

Nur eine Stadt, die ihre Vergangenheit kennt, ist gut aufgestellt für die Bewältigung ihrer Aufgaben der Zukunft. Daher begrüßen wir existierende Strukturen wie das Stadtarchiv, den Runden Tisch Gedenken, das Archiv der Jugendkulturen auf der Burg Ludwigstein sowie Aktions- und Gedenktage, die sich auch mit weniger rühmlichen Seiten der Stadtgeschichte auseinandersetzen. Wir möchten diese Auseinandersetzung durch das Setzen von Stolpersteinen ergänzen.

Wir setzen uns für eine regelrechte Neubesetzung der Stelle im Stadtarchiv ein. Zudem wollen wir Straßen und Plätze nach Frauen beziehungsweise Persönlichkeiten mit lokalem Bezug umbenennen und damit Menschen, die für Gerechtigkeit und gegen Rassismus kämpften, ein Andenken setzen. Mythen von Personen mit kolonialem beziehungsweise rassistischem Hintergrund sollen entlarvt und gleich-

zeitig Opfer von Kolonialismus und Rassismus sichtbar erinnert werden.

In Gesprächen hören wir auch den Wunsch, dass Demokratie im Alltag wieder spürbar werden muss – durch Respekt, durch Streitkultur ohne Abwertung und durch klare Grenzen gegenüber rechter Ideologie. Erinnerungskultur ist dafür kein Nebenthema, sondern Teil demokratischer Resilienz.

Beispiel Fabariusstraße: Als Gründer der Kolonialschule in Witzhausen transportierte Fabarius rassistisches Denken und lieferte geistige Grundlagen zur Ausbeutung in den deutschen Kolonien. Die vorgeschlagene Umbenennung wurde nicht umgesetzt, stattdessen wurde ohne Erklärung ein Knoten in die Straßenlaterne gemacht. So funktioniert Erinnerungskultur nicht. Wir werden uns weiter für die Umbenennung und echte Erinnerungskultur einsetzen.

Beispiel Rudolf-Herzog-Weg: Umbenennung in Otto-Buchinger-Weg. Rudolf Herzog sympathisierte stark mit den Nationalsozialisten und verklärte Herrenmenschen nationalsozialistischer Prägung. Otto Buchinger leitete von 1920 bis 1935 eine Heilfastenklinik in Witzhausen.



[die-linke-wmk.de/ov-witzenhausen](https://www.die-linke-wmk.de/ov-witzenhausen)